

UNABHÄNGIGE FRAUEN FREIBURG - UFF

GRUNDSATZPROGRAMM DER
UNABHÄNGIGEN FRAUEN FREIBURG
FÜR DIE GEMEINDERATSPERIODE
2019 BIS 2024

Stand 28.4.2019

Inhalt

Präambel: Unabhängige Frauen Freiburg – Selbstverständnis und Ziele

**Politische Schwerpunkte, Positionen und Forderungen der
Unabhängigen Frauen Freiburg für die Gemeinderatsperiode 2019 – 2024**

1. Leben und Wohnen in Freiburg aus Frauenperspektive
2. Mehr Chancengleichheit im Arbeitsleben
3. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf:
Betreuungs- und Bildungsangebote
4. Wertschätzung von Betreuungs-, Erziehungs-, Pflege-, Care-Arbeit
5. Passgenaue Hilfen und Selbstbestimmung für Frauen in Notlagen
6. Gesellschaftliche Teilhabe und offene Stadt für Alle

Präambel

Unabhängige Frauen Freiburg – Selbstverständnis und Ziele

Demokratie lebt von der aktiven und ausgewogenen Mitwirkung von Frauen und Männern an politischen Entscheidungsprozessen. **Das Kernanliegen der Unabhängigen Frauen Freiburg (UFF) ist die gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen¹ in den kommunalen Entscheidungsgremien und die konsequente Berücksichtigung frauenspezifischer Lebenslagen und Gleichstellungsthemen in kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen.** Bei einem Frauenanteil von 52 Prozent in der Freiburger Stadtbevölkerung aber lediglich 17 Stadträtinnen (von insgesamt 48 = 35 Prozent!) im aktuellen Gemeinderat ist Freiburg weit von diesem Ziel entfernt. Wir stellen uns daher nach 25-jähriger Gemeinderatsarbeit erneut als **reine Frauenliste** zur Wahl, um den Wähler*innen die Möglichkeit zu geben, mit ihren Stimmen gezielt den Anteil von Frauen im Gemeinderat zu erhöhen und die Perspektive von Frauen in alle Themen einzubringen.

Kommunalpolitik ist ganz entscheidend für eine **geschlechtergerechte Politik**, da hier die konkreten Lebensbedingungen unmittelbar gestaltet werden. Durch eine durchgängige Gleichstellungspolitik in allen Politikbereichen, in der auch eine gleichstellungswirksame Haushaltspolitik (Gender Budgeting) selbstverständlich ist, kann wesentlich zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit beigetragen werden. **Die Freiburger Kommunalpolitik braucht uns Frauen als Expertinnen in eigener Sache!**

- **Wir machen Frauenpolitik ohne Kompromisse!** Bei uns stehen die frauenspezifischen Belange bei jedem Thema an erster Stelle.
- **Wir machen Politik für alle Frauen und Mädchen und alle*, die sich als solche fühlen oder definieren!** Wir berücksichtigen die gesamte Vielfalt der sozialen, familiären, beruflichen, biografischen und finanziellen Lebenssituationen von Frauen in Freiburg. Wir vertreten ebenso Mütter in Partnerschaften wie Alleinerziehende, Frauen ohne Kinder, erwerbstätige wie arbeitssuchende oder nicht erwerbstätige Frauen, Mädchen und weibliche Jugendliche genauso wie Frauen an den Hochschulen, zugewanderte Freiburgerinnen, erwachsene und ältere Frauen oder Frauen in Pflege. Einen Schwerpunkt setzen wir für Mädchen und Frauen in finanziellen und sozialen Notlagen.
- **Wir sind kompetent bei allen Themen! Denn alle Themen sind frauenrelevant!** Die gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen in kommunalpolitischen Entscheidungsgremien ist für uns der zentrale Ansatzpunkt für eine kompetente und angemessene Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit und Perspektive von Frauen. Als **parteiunabhängige Liste** laden wir alle Frauen ein, mit uns als „Expertinnen in eigener Sache“ kompetent sachgerechte Positionen zu allen Themen zu finden, die für ein gutes Leben in Freiburg wichtig sind.
- **Wir agieren unabhängig!** Die Unabhängigen Frauen sind keine Partei! Für die konsequente Vertretung und Durchsetzung einer gleichstellungsorientierten Politik für Frauen brauchen wir unsere parteipolitische Unabhängigkeit, egal ob es um die Formulierung sachgerechter Positionen oder um flexible Kooperationen geht. Stimmen die Ziele überein, wollen wir eine überfraktionelle Zusammenarbeit zur Durchsetzung

¹ Unser Programm ist ein Programm für Mädchen und Frauen und Alle*, die sich als Frauen fühlen oder definieren!

unserer Politik. Wir streben Fraktionsstatus an! Gelingt dies nicht, wollen wir mit anderen unabhängigen Listen eine Fraktionsgemeinschaft bilden, um Einflussmöglichkeiten zu sichern - ohne dabei jedoch unsere Positionen zu verwässern.

- **Wir machen Politik für die ganze Stadt!** Wir ergreifen Partei für Mädchen und Frauen. Die Berücksichtigung der verschiedenen Lebenserfahrungen und Lebenswahrnehmungen von Frauen und Männern und das Eintreten für eine geschlechtergerechte Stadt führen unserer festen Überzeugung nach zu einer besseren Qualität kommunalpolitischer Entscheidungen für Alle, für Frauen und Männer!
- **Wir setzen uns für Gleichstellung und Chancengleichheit ein!** Mädchen und Frauen sind immer noch in vielen Lebensbereichen benachteiligt. Überall da, wo veraltete Rollenbilder die Gleichstellung in der Praxis behindern, kann gerade auch Kommunalpolitik mit konkreten Maßnahmen Ungleichheiten beseitigen und Diskriminierung gezielt verhindern. **Wir haben deshalb den Anstoß gegeben, dass der Gemeinderat die EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene unterzeichnet hat.** Ihre Umsetzung ist uns wichtig, daher wollen wir den Umsetzungsprozess stärken und aufmerksam und kritisch beobachten.

Die wichtigsten politischen Schwerpunkte, Positionen und Forderungen der Unabhängigen Frauen Freiburg für die Gemeinderatsperiode 2019 - 2024*

*Geschlechter- und Gleichstellungsfragen sind in allen Lebens- und Politikbereichen der Kommune relevant: Ob Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, Bildungspolitik, Kultur- Sport-, Klima- oder Verkehrspolitik. Die Themenbereiche, die für die Lebenslagen von Frauen kommunalpolitisch besonders gestaltbar sind, wie z.B. Leben und Wohnen oder Gewaltschutz werden von uns im Folgenden besonders hervorgehoben.

1. Leben und Wohnen in Freiburg aus Frauenperspektive

Das **Wohnungsproblem in Freiburg** ist eine der größten Herausforderungen für die Stadt Freiburg. Die soziale Mischung in der Stadt und den Quartieren ist mehr und mehr in Gefahr. Die **Wohnungsnot trifft insbesondere Frauen und Familien** mit niedrigen und mittleren Einkommen. Alleinerziehende sind von der Wohnungsknappheit besonders hart betroffen, da sie als Frauen in der Regel weniger verdienen, gleichzeitig für die Betreuung und die Existenz der Kinder zu sorgen haben und auf funktionierende Netzwerke angewiesen sind. Wohnen, Baukultur und Stadtentwicklung **braucht eine geschlechtersensible Herangehensweise!**

Unsere konkreten Forderungen im Bereich Leben und Wohnen sind:

- **Sozialwohnungsbestand deutlich ausbauen:** Selbst mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 5.000 Euro hat ein Single- und Zwei-Personenhaushalt das Recht auf einen Wohnberechtigungsschein und damit eine sozial geförderte preislich gebundene Mietwohnung 1/3 unter dem Marktpreis. Doch diese Wohnungen gibt es in Freiburg kaum mehr – derzeit sind es nur noch ca. 4.000. Wir fordern schnellstens den Neubau von 10.000 Sozialwohnungen und halten einen Bestand von 20.000 langfristig und dauerhaft für notwendig, um ärmeren und mittleren Einkommensschichten das Recht auf Wohnen zu garantieren. Insbesondere betrifft dies Alleinerziehende, ältere Frauen mit niedrigen Renten, Migrantinnen und von Wohnungslosigkeit bedrohte Frauen, Männer und Familien.
- **Erhalt preiswerten Wohnraums und Verlängerung von Belegungsbindungen über die FSB hinaus:** Wir fordern bestehenden preisgünstigen Wohnraum zu erhalten und Bestandsmieten per Gemeinderatsbeschluss zu sichern. Wir plädieren nachdrücklich für eine langfristige Verlängerung der Mietpreis- und Belegungsbindungen für alle aus der Bindung laufenden Sozialmietwohnungen.
- **Verbot der Zweckentfremdung:** Angesichts der Wohnungsnot fordern wir die konsequente Umsetzung und Kontrolle des Zweckentfremdungsverbots von Wohnungen.
- **Vergabe städtischer Grundstücke an die FSB, Baugruppen, junge und alte Genossenschaften, Mietshäusersyndikat u.a. Initiativen, die sozialen Bauen:** Wir wollen die Vergabe städtischer Grundstücke (in Erbpacht) mit der Auflage zur Schaffung von Wohnraum mit sozialverträglichen, leistbaren Mieten verbinden.
- **Innovative Wohnprojekte:** Wir unterstützen innovative und inklusive Wohnkonzepte und Lebensformen und fordern die Stadt auf, diese durch Konzeptvergabe zu fördern, z.B. bei der Ausweisung, Vergabe und Subvention von Grundstücken und durch zielgruppen- und projektbezogene Beteiligungsverfahren. Wir fordern Beratung und Unterstützung von Vorhaben zu neuen oder alternativen Formen des Zusammenlebens

(z.B. für allein erziehende Frauen, ältere Frauen oder auch wohnungslose Frauen oder Migrantinnen).

- **Baulandpolitische Grundätze:** Wir fordern diese so weiter zu qualifizieren, dass Bodenspekulation verhindert wird. Wir fordern, den Beschluss städtische Grundstücke nur noch in Erbpacht zu vergeben, konsequent umzusetzen und Baugenehmigungen nur mit entsprechenden Auflagen zu vergeben (s.o.).
- **Ausgeglichener sozialer Mix in allen Quartieren:** Wir fordern die soziale Mischung in der Stadt und den Stadtteilen zu erhalten und wo nötig zu verbessern. Wir setzen uns für soziale **Erhaltungssatzungen** ein und fordern diese konkret und zeitnah zum Schutz der Mieterinnen und Mieter im Stühlinger, im Familienheim-Ensemble rund um den Wiehre-Bahnhof, in Landwasser und überall dort wo Vertreibung droht. Wir fordern subventionierten Sozialwohnungsbau in den „bürgerlichen Vierteln“ der Stadt. Dies dient auch der Durchmischung in Kitas, Grundschulen, Jugendzentren und den sozialen Einrichtungen in den Stadtteilen.
- **Wohnungen für Geflüchtete stadtwweit:** Ein Leben über viele Jahre auf 7 qm/Person im Flüchtlingswohnheim ist menschenunwürdig. Wir setzen uns daher für Wohnungen stadtwweit für Geflüchtete ein.
- **Konsequente Stadtplanung aus Geschlechterperspektive:** Chancengleichheit für Frauen und Männer muss in der räumlichen Planung sichtbar werden. Es ist für die Lebensqualität von Frauen und Männer von großer Bedeutung, ob sie in einer/m „Stadt(teil) der kurzen Wege“ wohnen und arbeiten, ob sie im Nahbereich ihre Besorgungen und Einkäufe erledigen können, ob eine Infrastruktur für Kinderbetreuung und Pflegeaufgaben vorhanden ist und welche Mobilitätsmöglichkeiten es gibt. Dies bestimmt ganz wesentlich den alltäglichen Aufwand an Zeit und Geld. Bezahlbarer Wohnraum, eine lebenswerte Innenstadt, starke und lebendige Quartiere mit einer guten sozialen Infrastruktur, mit familien- und kinderfreundlicher Architektur, Freiräumen mit guter Aufenthaltsqualität, kurze Wege zum Einkauf oder Arzt, zur Kita oder Schule, zu kulturellen wie sportlichen Angeboten für alle Altersgruppen und alle sozialen Schichten und ein gut getakteter ÖPNV – das sind unsere Forderungen für eine attraktive Stadt für alle.
- Frauen sind von räumlichen Planungen stärker betroffen als Männer (immer noch müssen sie häufiger Erwerbs- und Familienarbeit vereinbaren), daher ist die konsequente Umsetzung einer **paritätischen Mitsprache von Frauen bei Planung, Gestaltbarkeit und Stadt-(teil-)entwicklung** unabdingbar. Mädchen und Frauen sind an allen Planungs- und Entscheidungsprozessen paritätisch zu beteiligen, sei es bei bürgerschaftlichen Beteiligungsprozessen, sei es durch die gleichberechtigte Mitwirkung als Architektinnen, Planerinnen, Bauträgerinnen und Bauunternehmerinnen. Wir fordern die umfassende Umsetzung der Kriterien zur geschlechtergerechten Planung (wie sie z.B. im Gender Kompass Planung bereits 2009 in der Stadt entwickelt wurde) und quotierte städtische Wettbewerbskommissionen und Jurys. Bürgerschaftliche Beteiligungsverfahren (z.B. zum FNP 2014) sind unter den Gesichtspunkten von Geschlechtergerechtigkeit, Alter und Vielfalt zu konzipieren und durchzuführen.
- **Sichere Gestaltung der öffentlichen (Frei-)Räume:** In der Freiraumplanung ist die Sicherheit im öffentlichen Raum eine Herausforderung und zu gewährleisten. Dies gehört zur ständigen Aufgabe der Daseinsvorsorge, da regelmäßig Angsträume und Gefahrenräume erkannt und umgestaltet sowie weitere Angebote zur eindeutigen Orientierung gegeben werden müssen. Durch Art und übersichtliche Anordnung der Wege, z.B. optisch offene Randbereiche um Parks, durch entsprechende Vegetation (z.B. Bäume statt Büsche) und Hinweisschilder, Sicht- und Rufkontakt an Haltestellen und auf Wegen kann soziale Kontrolle im öffentlichen Raum hergestellt werden.

2. Gesellschaftliche Teilhabe und offene Stadt für Alle

Wir wollen, dass Freiburg eine offene und inklusive, eine frauen- und kinderfreundliche, eine kulturelle, eine interkulturelle, eine sozialere und damit eine in jeder Hinsicht nachhaltige Stadt wird. Wir haben uns mit Erfolg eingesetzt für die Mobilität Aller durch das Sozialticket, das Frauentaxi und den Ausbau des ÖPNV, für eintrittsfreie Kulturangebote, für einen Mieterhöhungsstopp der Stadtbau-Wohnungen, für besseren Klima- und Artenschutz, für ein NS-Dokumentations- und Informationszentrum im Rotteck-Haus, für den Ausbau der Quartiersarbeit und der Familienzentren, für die bessere Finanzierung von Kinder- und Jugend-, Kunst- und Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten und von Beratungsstellen für Opfer von Gewalt, für ein Gewaltschutzkonzept in den Wohnheimen für Geflüchtete und gegen eine weitere Kita-Gebührenerhöhung. Einer **Stadt für Alle** fühlen wir uns weiterhin verpflichtet.

Wir setzen uns ein:

- für eine Stadt, die **demokratische Werte** schützt und sich **klar gegen jegliche Varianten von Diskriminierung** positioniert.
- für eine Stadt, die **Vielfalt als Bereicherung** versteht, Geflüchtete willkommen heißt und ihnen und allen Migrant/innen hilft, ein neues würdiges Leben in der neuen Heimat aufzubauen; niederschwellige und kulturspezifische Bildungsangebote für Frauen, Männer und Kinder vorhält, um das Verständnis für und die Integration ins neue Lebensumfeld zu erleichtern; die kulturelle und **interkulturelle Angebote** zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses vorhält.
- für das **Kommunalwahlrecht aller** Freiburgerinnen und Freiburger gleich welcher Herkunft (Staatsangehörigkeit).
- für die Information und altersgemäße, **paritätische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger** bei allen für sie und ihre Stadt wichtigen Vorhaben im Vorfeld städtebaulichen oder finanzielle Entscheidungen.
- für eine **generationenfreundliche, barrierefreie Stadt für Jung und Alt** mit kommerzfreien öffentlichen Räumen.
- für **geschlechtergerechte und inklusive Konzepte** städtischer und städtisch geförderter Institutionen sowie Kultur-, Sport-, Sozial- und Bildungsangeboten.
- für **lebendige Stadtteile mit guter Infrastruktur**, barrierefreie und kommerzfreie Begegnungsräume, Stadtteil- und Familienzentren, Räume für Kunst und Kultur. Für alle Generationen verbindende Sport-, Spiel-, Bewegungs- und Begegnungsorte und Plätze in jedem Stadtteil; für niederschwellige Bildungs- und Kulturangebote für alle Bewohnerinnen. Für den flächendeckenden und qualitativen Ausbau der Quartiersarbeit.

3. Gesundheit und Selbstbestimmung für Mädchen und Frauen – Beratung und Unterstützung

Ursachen sozialer und persönlicher Notlagen sind bei Frauen und Männern ebenso unterschiedlich wie die Ressourcen zur Bewältigung von Notsituationen. Ein wirksames Hilfe- und Beratungsangebot muss daher geschlechtersensibel gestaltet sein, das gilt sowohl für den Bereich **weibliche Armut**, das Thema **Missbrauch und Gewalt** gegen Frauen und Mädchen sowie bei Fragen von **Suchtabhängigkeiten**. Wir setzen uns daher für die nachhaltige Finanzierung, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung eines geschlechter-

sensiblen kommunalen Präventions-, Beratungs- und Hilfeangebots ein. Wichtige kommunalpolitische Programmpunkte sind für uns:

- **Umfangreiche Maßnahmen zum Schutz vor häuslicher Gewalt und gegen jegliche sexualisierte Übergriffe im öffentlichen Raum!** Frauen und Kinder müssen zuhause und im öffentlichen Raum sicher sein. Wir fordern:
 - das Frauen-Nacht-Taxi dauerhaft als Ruftaxi!
 - Regelmäßige Erkundung und Beseitigung von Angsträumen in den Wohngebieten der gesamten Stadt!
 - geschlechtersensible Prävention in allen Kitas und Schulen!
 - Anti-Gewalt-Trainings für Täter von häuslicher Gewalt!
 - Schutz und Angebote für von häuslicher Gewalt betroffene Kinder und Jugendlichen!
- Wir setzen uns für die **konsequente Vermeidung von Angsträumen** durch entsprechende Stadtplanung ein und fordern ein entsprechendes Beteiligungskonzept von Frauen und Fraueninitiativen sowie die systematische Begehungen in allen Stadtteilen, um Haltestellen, Radwege, schwer einsehbare Wege und Plätze oder Parkanlagen auf Gefahrenpotenziale hin zu überprüfen und sicherer zu gestalten.
- Erhalt und bedarfsgerechte Finanzierung von **Beratungs- und Präventionsstellen für die Gesundheit von Mädchen und Frauen und gegen Gewalt und Missbrauch.**
- Ausbau und auskömmliche Finanzierung von **geschlechtersensiblen Beratungsstellen und Hilfesystemen für Frauen in schwierigen Lebenslagen wie Armut und Wohnungslosigkeit und bei Suchterkrankungen.**
- **Schutz und Selbstbestimmung für Sexarbeiterinnen – gegen Frauenhandel:** Beratung und Unterstützung in Berufs- und Ausstiegsproblemen, Erarbeitung eines Sicherheitskonzepts für Prostituierte, kontinuierliche Beratungen des „Runden Tisch Prostitution“.

4. Mehr Chancengleichheit im Arbeitsleben

Wir fordern Chancengleichheit im Arbeitsleben! Bis zum 18. März 2019 arbeiteten Frauen auch dieses Jahr statistisch gesehen wieder „ohne Bezahlung“. Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zum Gender Pay Gap zeigen auch 2018 wieder einen geschlechtsspezifischen Einkommensunterschied von bundesweit 21%. Etwa 60 Prozent der Minijobs werden von Frauen ausgeübt. Folgerichtig ist das Armutsrisiko von Frauen in Baden-Württemberg über alle Altersgruppen hinweg höher als bei Männern. Auch der Anteil der Frauen unter den Führungskräften entspricht noch lange nicht ihrem Bevölkerungsanteil. Ursache für die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt ist nach vor die geschlechtsspezifische Aufteilung des Arbeitsmarktes mit schlechterem Lohn für Frauenberufe (z.B. in Pflege und Erziehung!) und die überwiegende Zuständigkeit von Frauen für die private unbezahlte Pflege- und Erziehungs-, die Care-Arbeit. Deutschland hat am 6.2.19 zusammen mit der Mehrheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) der **Vereinbarkeitsrichtlinie** zugestimmt. Die Richtlinie soll eine gerechtere Aufteilung von Betreuungs- und Pflegeaufgaben zwischen Frauen und Männern fördern und eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen bewirken. Wir werden darauf schauen, dass dies in Freiburg umgesetzt wird.

Die Quote wirkt! Seit dem 1. Mai 2015 gibt es das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Und es wirkt, wenn auch langsam: Der Frauenanteil erhöht sich.²

Wir fordern und setzen uns ein:

- **Vorbildfunktion der Stadtverwaltung für berufliche Chancengleichheit**
Ein wichtiger Beitrag für mehr Chancengleichheit muss von der Kommune kommen. Die Stadt Freiburg als Arbeitgeberin muss die berufliche Chancengleichheit von Frauen und Männern konsequent verwirklichen und darüber jährlich Bericht erstatten. Die Stadtverwaltung hat eine Vorbildfunktion und Vorreiterrolle gegenüber den ortsansässigen Unternehmen. Dazu muss die Stadt Freiburg frauenspezifische Angebote zur Arbeitsförderung, -beratung und -vermittlung, bei Qualifizierung und Weiterbildung sowie bei Frauenförderprogrammen (auch für geflüchteter Frauen) intensivieren. Wir fordern die Stadt Freiburg auf, als Arbeitgeberin bei der Umsetzung der Vereinbarkeitsrichtlinie voran zu gehen und ihrer Vorbildfunktion nachzukommen.
- **Verbindliche Frauenquote in städtischen Führungspositionen**
Die städtischen Gesellschaften und Ämter müssen sich auf die Umsetzung einer verbindlichen Frauenquote, bezogen auf die Zahl der dort beschäftigten Frauen und in den nächsten 10 Jahren verpflichten. Derzeit arbeiten 61,3 % Frauen und 38,7 % Männer in der Stadtverwaltung. In der obersten Führungsebene finden sich 48,8 % Frauen und 51,2 % Männer. Damit ist die Verwaltung zwar auf dem richtigen Weg, allerdings ist das Ziel noch nicht erreicht! Über die Umsetzung und die Fortschritte muss regelmäßig informiert werden.
- **Mehr Männer in Erziehungs- und Pflegeberufe**
Die Stadtverwaltung muss innerhalb ihres Einflussbereichs noch stärker auf ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in den Erziehungs- und Pflegeberufen hinarbeiten. Es sind konkrete Ziele und Strategien zu entwickeln, wie mehr Männer, z.B. für die Arbeit in Kindertagesstätten gewonnen werden können. Dies muss auch bei den nicht-städtischen Einrichtungen als ein finanzierungsrelevantes Qualitätskriterium definiert werden.
- **Konsequentes „Gender und Diversity Management“ und interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften**
Die Stadt als Arbeitgeberin muss der Vielfalt der Freiburger Bevölkerung hinsichtlich Geschlecht, kulturellem Hintergrund, Alter, sexueller Orientierung und gesundheitlicher Einschränkungen gerecht werden. Hierzu gehört neben einer geschlechtersensiblen Personalpolitik und der Offenheit für nicht-traditionelle Erwerbsbiografien eine konsequente interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung als Arbeitgeberin.
- **Weiterentwicklung und bedarfsgerechte Intensivierung frauenspezifischer Arbeitsberatung**
Geschlechtsspezifische Erwerbsverläufe mit familienbedingten Auszeiten bzw. Teilzeitphasen erschweren den beruflichen Wiedereinstieg und die Neuorientierung. Passgenaue Beratungs-, Coaching- und Qualifizierungsangebote können betroffene Frauen wirksam unterstützen. Die Stadt Freiburg beteiligt sich daran mit der Kontaktstelle Frau und Beruf. Wir setzen uns für eine nachhaltige Finanzierung, Weiterentwicklung und Ausweitung dieser frauenspezifischen Angebote ein!
- **Spezifische Beratung Alleinerziehender**
Eine qualifizierte Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit ist die Voraussetzung, finan-

² https://www.bmfsfj.de/quote/daten/einmaliger_gebuendelter_Bericht_FuePoG_2017.pdf

ziell selbständig und ohne Hartz IV-Transferleistungen zu leben. Für Alleinerziehende ist dies durch die Doppelbelastung von Familien- und Erwerbsarbeit besonders schwierig. Zur Unterstützung braucht es städtische familienunterstützende Angebote für Alleinerziehende. Das fördert nicht nur die wirtschaftliche Selbständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe Alleinerziehender, sondern vermeidet gleichzeitig Sozialausgaben im städtischen Haushalt.

▪ **Möglichkeiten zur Teilzeit-Ausbildung fördern**

Eine gute berufliche Ausbildung ist die Voraussetzung für wirtschaftliche Selbständigkeit. Junge Frauen mit Kindern haben oftmals keine Berufsausbildung. Obwohl die Möglichkeit zu einer Teilzeitberufsausbildung seit 2005 im Berufsbildungsgesetz (§ 8 BBiG/§ 27 HwO) geregelt ist, gibt es immer noch zu wenig Angebote. Wir fordern, dass die Stadt Ausbildungsbetrieben, Kammern, Berufsschulen, Jobcentern und Bildungsträgern mehr Impulse zur Entwicklung und konkreten Ausgestaltung von Teilzeitausbildungsgängen gibt.

5. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Betreuungs- und Bildungsangebote

Gute kommunale Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die Voraussetzung dafür, dass Frauen einer existenzsichernden Beschäftigung nachgehen und später eine auskömmliche Alterssicherung erwirtschaften können. Dafür braucht es:

- **Betreuungs- Bildungs- und Förderangebote für Kinder vom Kleinkind- bis ins Sekundarschulalter – in ausreichender Zahl, gut erreichbar und kostenlos.** Die Angebote müssen zeitlich gleichermaßen an den Wünschen der Mütter und Väter als auch an den Realitäten der heutigen Arbeitswelt ausgerichtet sein.
- **Gute Qualität der Betreuungs- und Bildungsangebote:** Kleine Kita-Gruppen und Schulklassen, die Förderung von Tagespflegeangeboten, inklusive Betreuung und Beschulung, interkulturelles Personal und Sprachförderung ist für die Förderung von Kindern und die Chancengleichheit auch für Kinder aus Familien mit unterschiedlichen Ressourcen notwendig. Sie sind auch die grundlegende Voraussetzung dafür, dass die Angebote vertrauensvoll in Anspruch genommen werden.
- **Bedarfsgerechte Ausweitung der Öffnungszeiten in Kindertagesstätten:** Die gegenwärtigen Standard-Öffnungszeiten in den öffentlichen Freiburger Kindertagesstätten ermöglichen nur eingeschränkt eine wirkliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der bedarfsgerechte Ausbau öffentlicher Betreuungs- und Bildungsangebote ist auch erforderlich, um einer zunehmend stattfindenden **sozialen Segregation** vorzubeugen. Bildungskarrieren starten in der Kita!
- **Verlässliche und frühzeitige Zusagen für Betreuungsplätze in Kitas, Horten und Schulen:** Der berufliche Wiedereinstieg nach einer Familienphase erfordert Planungssicherheit. Mütter und Väter – wie auch Arbeitgeber – brauchen frühzeitige und verbindliche Zusagen, dass die benötigten Betreuungsplätze zum gewünschten Zeitpunkt verlässlich zur Verfügung stehen.
- **Massive Beschleunigung des Ganztags schul-Ausbaus:** Ein gravierendes Defizit gibt es in Freiburg beim Angebot an Ganztagsgrundschulen. Hier sehen wir die Stadt als Schulträgerin in der Pflicht den Ausbau flächendeckend - über die unzureichende Landesförderung hinaus - deutlich zu beschleunigen. Erst damit wird Bildungsgerechtigkeit ermöglicht. Die Ganztagsbetreuung an Schulen ist zwar ein wichtiger Zwischenschritt, allerdings weder ganzheitlich noch beitragsfrei.

- **Vergabe von Ganztagsschul- und Betreuungsplätzen unabhängig von der aktuellen Erwerbssituation:** Die Zusage für Ganztagsbetreuungsplätze ist in Freiburg an die aktuelle Erwerbssituation und den Erwerbsumfang der Eltern geknüpft. Wir setzen uns dafür ein, die Platzvergabe unabhängig von der aktuellen Erwerbssituation durchzuführen.
- **Ferienbetreuung:** Nach wie vor stellen die Schulferien erwerbstätige Mütter und Väter vor besondere Probleme. Trotz vielfältiger und qualitativ hochwertiger Angebote Freiburger Sport- und Kulturvereine, Jugendeinrichtungen sowie einzelner Schulen ist eine verlässliche Betreuung derzeit nicht gewährleistet. Auch fehlt eine Übersicht über alle Angebote. Wir setzen uns daher dafür ein, sowohl die Angebote als auch den Bedarf systematisch nach Wohnquartieren zu erheben. Lücken und Defizite im Angebot müssen durch städtische oder städtisch initiierte Angebote geschlossen werden.

6. Wertschätzung von Betreuungs-, Erziehungs-, Pflege-, Care-Arbeit

Wir setzen uns für bedarfsgerechte bezahlbare familienunterstützende Angebote in allen Stadtteilen ein und für die angemessene Bezahlung von Erzieherinnen, Sozialarbeiterinnen und Pflegerinnen. Care-Arbeit muss auskömmlich bezahlt werden!

Frauen pflegen und werden gepflegt: Mehr als 70 Prozent in Freiburger Pflegeheimen sind Frauen³; etwa 85 Prozent des Personals in ambulanter und stationärer Pflege in Deutschland sind Frauen, die typischerweise hohem Zeitdruck ausgesetzt sind und gemessen an ihrer Leistung schlecht bezahlt werden⁴. Frauen stellen die Mehrheit der pflegenden Angehörigen - mehr als 70 Prozent - und sie stellen ebenfalls die große Mehrheit der ausländischen, zumeist osteuropäischen, temporären häuslichen Pflegekräfte, die zwar eine wichtige Stütze unseres Pflegesystems bilden, aber oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und deren Situation politisch und gesellschaftlich ignoriert wird.

Die Verbesserung der Pflege ist in erster Linie zwar die Verantwortung von Bund und Ländern. Dennoch können und müssen entscheidende Bedingungen auf kommunaler Ebene, insbesondere im Quartier, gestaltet werden.

Wir fordern: Kommunale Dienstleistungszentren für Bürgerinnen und Bürger (DZB), wie sie von der Friedrich Ebert Stiftung entwickelt wurden⁵. Diese beinhalten Angebote rund um Care-Aufgaben und Vernetzung. Hier gilt es geschlechter- und kultursensible passende und spezifische Angebote in Zusammenarbeit mit der kommunalen Quartiersarbeit zu entwickeln, z.B.:

- **Unterstützungs- und Pflegekonzepte für Frauen im Alter:** Förderung und Unterstützung neuer sozialer Wohnangebote im Alter sowie den Erhalt und Ausbau von bezahlbarem betreutem Wohnen. Pflegestützpunkte in den Stadtteilen zur Beratung und Vernetzung mit den bestehenden Begegnungsstätten und der Gemeinwesenarbeit.
- **Entlastung pflegender Angehöriger:** Unterstützungs- und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige, insbesondere durch den Ausbau von Verhinderungs- und

³ Pflegestatistik und Pflegebedarfsprognose für Freiburg (2012 – 2030)

⁴ Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2011

⁵Barbara Stiegler: Gute Pflege – gute Arbeit. Das kommunale Dienstleistungszentrum für Bürgerinnen und Bürger. Friedrich-Ebert-Stiftung 2011

Kurzzeitpflegeangeboten, die den Pflegepersonen die dringend benötigten „Zeitinseln“ zur eigenen und freien Gestaltung und zur Regeneration ermöglichen.

- **Kultursensible Pflegedienste:** Interkulturelle Kompetenz der Pflegekräfte im ambulanten Dienst sowie in den Senior/innen-Begegnungsstätten der Stadtteile sollten insbesondere für ältere Menschen in einer multikulturellen Gesellschaft selbstverständlich sein.
- **Anerkennungskultur ausländischer häuslicher Pflegekräfte:** Private häusliche Pflegekräfte (zumeist weiblich!) sind im Pflegesystem nicht mehr wegzudenken. Wir fordern eine Anerkennungskultur für diese Pflegekräfte sowie Vernetzungs- und Qualifizierungstreffen, z.B. in Form von Runden Tischen. Dies beugt der sozialen Isolation vor und bietet durch die gegenseitigen Informationsmöglichkeiten auch Schutz vor einer möglichen Ausbeutung.